

### **Einleitung**

Vor Einstieg in die Tagesordnung weist der Bürgermeister Steffan, der den verhinderten Vorsitzenden Dr. Pörtl vertritt, darauf hin, dass es hinsichtlich TOP 5.1 „Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 101 „Bismarckstraße – Marstallstraße“ noch einiges an Klärungsbedarf gäbe. Man werde die Angelegenheit neu aufbereiten und in der Sitzung des Technischen Ausschusses am 21.09.22 bzw. im Gemeinderat am 28.09.2022 behandeln.

**TOP 1 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

**Sitzungsverlauf:**

Gemäß § 35 Abs. 1 Satz 4 der Gemeindeordnung sind die in der nichtöffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse in der nächsten öffentlichen Sitzung bekanntzugeben, sofern nicht das öffentliche Wohl oder berechnigte Interessen Einzelner entgegenstehen.

In der nichtöffentlichen **Sitzung des Gemeinderats am 22.07.2022** wurde folgender Beschluss gefasst:

Die Stadt Schwetzingen erteilt die Zustimmung zur Belastung eines Wohnungserbbaurechtsanteils am Erbbaurecht eines Grundstücks im Sudetenring verbunden mit dem Sondereigentum an einer Wohnung sowie einem Sondernutzungsrecht an einem PKW-Abstellplatz mit einer Grundschuld sowie einem Rangrücktritt des Vorkaufsrechtes.

Bei den Themen der nichtöffentlichen Sitzung des **Kultur- und Bildungsausschusses am 29.06.2022**, des **Technischen Ausschusses am 06.07.2022** sowie des **Verwaltungsausschusses am 13.07.2022** wurden Themen behandelt, die Gegenstand der heutigen Sitzung sind oder nicht zur Bekanntgabe geeignet sind.

### TOP 2 Bürgerfragestunde

#### Sitzungsverlauf:

Es meldet sich ein Bürger aus der Rabaliattistraße mit zwei Anliegen zu Wort:

Zunächst lädt er die Stadtverwaltung ein, sich in seinem Wohnviertel ein Bild vom Verkehr und dessen Lautstärke zu machen. Insbesondere an Wochenenden würden sehr laute Fahrzeuge vorbeifahren.

Bei dem zweiten Thema gehe es um die Geothermie. Der Bürger hält es für wahrscheinlich, dass hier die Kasernen in Augenschein genommen werden, um geothermische Messungen vorzunehmen. Er stelle sich die Frage, weshalb die Firma GeoHardt GmbH, Tochter der MVV und der EnBW, hier tätig werde, bei der als GmbH die Haftungssumme begrenzt sei. Dass die MVV und die EnBW für Schäden an Häusern aufkämen, könne er sich nicht vorstellen. Er hält dies alles für fragwürdig. Für ihn stelle sich daher die Frage, weshalb man als Stadt die Kasernen nicht kauft, Flächen der Firma überlässt und eine Pflichtversicherung in einer Schadenshöhe von mindestens 100 Mio. Euro verlangt. Die nächste Frage betreffe die Ausführung: Wird ein Bohrturm gebaut, wie hoch wird dieser, welche Auswirkungen haben Bohrungen hinsichtlich Lautstärke, Vibration, werden 24/7 Bohrungen vorgenommen? Der Bürger bittet außerdem ganz genau drauf zu schauen, welche Haftpflichtversicherung die Firma GeoHardt beabsichtige abzuschließen.

Für Bürgermeister Steffan sind diese Fragen alle berechtigt und es sei der richtige Zeitpunkt zur deren Bearbeitung. Die Firma GeoHardt habe sogar einen Claim bekommen. GeoHardt kläre derzeit, ob es überhaupt möglich ist, durch Geothermie Wärme zu gewinnen. Für GeoHardt gelte auf jeden Fall, nicht nur Verwaltungen, sondern auch Bürger\*innen für dieses Vorhaben zu gewinnen zu wollen. Aber man sei noch am Anfang des Themas, und es bestehe noch großer Klärungsbedarf. Heute könne man die gestellten Fragen jedoch nicht beantworten, weil noch keine Ergebnisse vorlägen.

Auf die erste Frage des Bürgers hinsichtlich Lärm und Geschwindigkeit im Bereich Rabaliattistraße habe man laut Bürgermeister bereits reagiert. Man stünde dank der auch in der Vergangenheit getätigten Hinweise des Bürgers wegen dieses Themas in der Diskussion mit dem Landratsamt und werde hier definitiv eine Lösung finden. 2023 wolle man dieses Thema angehen und werde dies bei der Haushaltseinbringung berücksichtigen. Der Einsatz des mobilen Blitzers hätte ja Veränderungen gezeigt.

Der Bürger verweist auf andere Gemeinden, bei denen ein Blitzer ohne Leitplanken stünde. Laut Bürgermeister Steffan werde man sich dies anschauen.

**TOP 3     **Satzung zur Änderung des Gebührenverzeichnisses der Benutzungs- und  
Gebührensatzung für den städt. Kindergarten Spatzennest  
Vorlage: 2597/2022****

**Sitzungsverlauf:**

Bürgermeister Steffan erläutert den Sachverhalt gemäß der Vorlage. Aufgrund der derzeitigen Preissteigerungen bei Lebensmitteln und Energie mussten die Essenspreise angepasst werden. Diese müssten nun teilweise an die Eltern weitergegeben werden. Zulieferfirmen hätten ihm die Tage die zunehmende Verschärfung der Lage bestätigt.

Stadträtin Fackel-Kretz-Keller merkt an, dass man weit von den Gebühren entfernt sei, die man eigentlich verlangen müsse. Es sei eigentlich angedacht, dass 20 % der Kindergartenbeiträge die Eltern tragen. Auch die Essensbeiträge seien nicht kostendeckend. Die Kosten liefen derzeit davon und man müsse schauen, wie man mit dem Thema umgeht.

**Beschluss:**

1. Die Satzung zur Änderung des Gebührenverzeichnisses der Benutzungs- und Gebührensatzung des städtischen Kindergartens „Spatzennest“ (Anlage 1) wird beschlossen und tritt mit den zum 01.09.2022 und 01.09.2024 festgelegten Gebührensätzen zum jeweiligen Datum in Kraft.
2. Der dem Gemeinderat bei der Beschlussfassung vorgelegten Gebührenkalkulation für die Nutzung des städtischen Kindergartens Spatzennest wird einschließlich der einzelnen Gebührenbestandteile, Prognosen, Schätzungen, Abschreibungen, Grundlagen und Ermessensentscheidungen sowie der Berechnungsmethoden zur Ermittlung der Beträge zugestimmt.

**Ja 23 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

**TOP 4     Außerschulische Betreuung - Satzung zur Änderung der Satzung über die Inanspruchnahme der kommunalen Betreuungsangebote an den Grundschulen außerhalb des Unterrichts / neue Gebührenkalkulation und -festsetzung Mittagessen  
Vorlage: 2598/2022**

**Sitzungsverlauf:**

Bürgermeister Steffan erläutert kurz den Sachverhalt gemäß der Vorlage. Aufgrund der derzeitigen Preissteigerungen bei Lebensmitteln und Energie mussten die Essenspreise angepasst werden. Diese müssten nun teilweise an die Eltern weitergegeben werden. Zulieferfirmen hätten ihm die Tage die zunehmende Verschärfung der Lage bestätigt.

Stadträtin Fackel-Kretz-Keller merkt für beide Tagesordnungspunkte an, dass man weit von den Gebühren entfernt sei, die man eigentlich verlangen müsse. Es sei eigentlich angedacht, dass 20 % der Kindergartenbeiträge die Eltern tragen. Auch die Essensbeiträge seien nicht kostendeckend. Die Kosten liefen derzeit davon und man müsse schauen, wie man mit dem Thema umgeht.

Stadtrat Pitsch möchte wissen, wie es bei der Gemeinschaftsschule mit dem Essen aussieht, da hier der Caterer abgesprungen sei. Bürgermeister Steffan will hierzu im nichtöffentlichen Teil einen Einblick geben.

**Beschluss:**

1. Die Satzung zur Änderung der Satzung über die Inanspruchnahme der kommunalen Betreuungsangebote an den Grundschulen außerhalb des Unterrichts wird beschlossen und tritt zum 01.08.2022 in Kraft.
2. Die Änderungen der Essensgebühren des zugehörigen Gebührenverzeichnisses werden beschlossen und treten mit den zum 01.08.2022 und 01.09.2024 festgelegten Gebührensätzen zum jeweiligen Datum in Kraft.
3. Der dem Gemeinderat bei der Beschlussfassung vorgelegten Gebührenkalkulation für die außerschulische Betreuung wird einschließlich der einzelnen Gebührenbestandteile, Prognosen, Schätzungen, Abschreibungen, Grundlagen und Ermessensentscheidungen sowie der Berechnungsmethoden zur Ermittlung der Beträge zugestimmt.

**Ja 23 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

**TOP 5    Bebauungspläne**

**TOP 5.1   Bebauungsplan Nr. 101 Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Bismarckstraße  
- Marstallstraße" mit Vorhaben- und Erschließungsplan  
Aufstellungsbeschluss  
Beschluss über die Frühzeitige Beteiligung  
Vorlage: 2603/2022/1**

Dieser TOP wird – wie einleitend erwähnt – aufgrund weiteren Klärungsbedarfs in den September-Sitzungen behandelt.

**Zurückgestellt**

### **TOP 5.2 Bebauungsplan Nr. 100 "Bundesbahnausbesserungswerk Süd" Aufstellungsbeschluss und Beschluss über die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden Vorlage: 2606/2022**

#### **Sitzungsverlauf:**

Bürgermeister Steffan erläutert den Sachverhalt laut Vorlage. Es handele sich um einen Prozess, den der Gemeinderat schon lange kennt. Dies sei der letzte Baustein, bei dem man nun Federschmiede, Pfortnerhäuser und Wagenrichthalle entwickeln wolle. Man glaube, dass man, nachdem nun die Gutachten vorliege, das ökologisch geprägte Gebiet gewerblich qualitativ hochwertig entwickeln könne. Mit einer neuen Buslinie, mit der man auch Decathlon anbinden wolle, sei auch der ÖPNV vorhanden. Man habe sehr darum gekämpft, in der Landesförderung zu bleiben. Die Förderung gelte bis 2024, weshalb man schauen sollte, dass man in dem Verfahren so weit wie möglich komme.

Stadtrat Rupp, SFW, skizziert die Historie seit den ersten Planungen des ehemaligen Ausbesserungswerks im Jahr 2007. Mit dem Verkauf eines Teils des Geländes an die Fa. Decathlon entwickelte sich der Standort zunehmend zum größten Arbeitgeber der Stadt. Für die nun noch übrigen 7,3 ha Fläche zur Entwicklung eines Gewerbegebiets sei nun ein Entscheid notwendig, da die Frist für Zuschüsse im Jahr 2024 auslaufe. Um keine Zeit zu verschwenden, sollten parallel zum Aufstellungsbeschluss die ebenfalls bezuschussten Abriss- sowie Rodungsarbeiten erfolgen.

Für nicht gangbar hält seine Fraktion die Erbpacht für Gewerbetreibende. Für diese sei es schwierig, ohne Grundbesitz Investitionen zu finanzieren. Zudem habe die Stadt bei Besitzerwechseln oder Insolvenzen das volle Verlustrisiko. Die Verkaufserlöse könnte die Stadt für andere Investitionen einsetzen.

Es folgen die Stellungnahmen von Stadtrat Köhler, B 90/Die Grünen, und Stadtrat Bürger, CDU, die als Anlage beigefügt sind.

Stadtrat Pitsch signalisiert gleich zu Beginn, dass seine Fraktion bei allem mitgehe. Was jedoch seiner Fraktion noch am Herzen liege bzw. fordere, sei die Einbeziehung des Gemeinderates in die Einwicklung einer Ansiedlungsstrategie für Gewerbe, speziell im Gebiet des Bebauungsplans 100, aber auch für zukünftige Gewerbeansiedlungen. Zudem unterstütze seine Fraktion ähnliche Forderungen (z.B. StartUp-Park), die bereits andere Fraktionen erwähnt hätten. Zum Schluss betont er, dass der Gemeinderat kein reiner Informationsempfänger sei, sondern ein Entscheider und politisch lenkend. Die Verwaltung müsse hier den Gemeinderat als Entscheider mit einbeziehen.

Stadtrat Fischer fasst die Haltung seiner Fraktion so zusammen: „Wenn ein neues Gewerbegebiet geschaffen wird, lacht das Herz eines Liberalen.“

Laut Bürgermeister Steffan habe man die Angelegenheit auf der Agenda und die Arbeitsplätze im Blick. Nun gelte es, eine Strategie zu entwickeln, da es wohl weniger Grundstücke als Interessenten gäbe. Sobald man hier Claims abgesteckt habe, werde man wieder berichten.



### **Beschluss:**

1. Der Gemeinderat beschließt gemäß § 1 Abs. 3 und § 2 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) i.V.m. § 9 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S.3634), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 26. April 2022 (BGBl. I S. 674) die Einleitung des Verfahrens zur Aufstellung des Bebauungsplan Nr. 100 „Bundesbahnausbesserungswerk Süd“.
2. Der Vorentwurf des Bebauungsplanes Nr. 100 „Bundesbahnausbesserungswerk Süd“ in der Fassung vom 06.07.2022 wird zur frühzeitigen Unterrichtung und Beteiligung der Öffentlichkeit über die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB öffentlich ausgelegt und die Unterlagen im Internet eingestellt.
3. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB werden unterrichtet.
4. Der Beschluss nach § 2 Abs. 1 BauGB und die Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB ist ortsüblich bekanntzumachen.

**Ja 23 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

### TOP 6 Rad- u. Fußgängerbrücke Schwetzingen - Baubeschluss Vorlage: 2604/2022

#### Sitzungsverlauf:

Bürgermeister Steffan berichtet, dass es bereits im Jahr 2006 die Idee einer Rad- und Fußgängerbrücke über die Bahn gegeben habe. Seit 2017 sei man aufgrund der Entwicklung des Baugebiets Schwetzingener Höfe nun mit Hochdruck dabei, in das Projekt einzusteigen. Man habe sich schon viele Gedanken dahingehend gemacht, wie eine gute Ost-West-Anbindung erfolgen könne und stellte auch im Rahmen eines Workshop-Verfahrens die Notwendigkeit einer solchen Verbindung fest. Der Mobilitätsplan, der demnächst vorgestellt werde, wird die Verkehre und damit die Notwendigkeit vor allem im Bereich Odenwaldring und der Schulen bestätigen. Auch hier brauche man eine Entlastung. Man sei die Stadt der kurzen Wege und daher sei die Rad- und Fußbrücke das richtige Instrument, damit die Bevölkerung ideal an den ÖPNV angebunden werde und auf das Auto verzichten könne. Auch wolle man diese barrierefrei gestalten. Mit der Förderung des Bundes in Höhe von 80 % hatte man Glück, denn viele Anträge anderer Antragsteller seien zurückgewiesen worden. Heute wolle man den Baubeschluss fällen. Die Machbarkeitsstudie sei eine Machbarkeitsstudie. Aufgrund der fehlenden Erfahrung im Brückenbau wolle man auch erfahrene Planer hinzunehmen, bald in das VgV-Verfahren gehen und mit den sich dann bewerbenden Brückenbauunternehmen weiter planen. Hierbei werde man die Kosten genau beleuchten. Zudem müsse man schnellstmöglich die Kooperation der Deutschen Bahn suchen. Heute gilt es jedoch, einen entsprechenden Beschluss zu fassen. Die Brücke ist im Ergebnis gleichzeitig Beitrag und Verbindung der Schwetzingener Höfe und Oststadt zur Innenstadt. Weder die Unterführung noch der Radweg an der Südtangente könnten die Kapazitäten bewältigen.

Es folgen die Stellungnahmen von Stadträtin Fackel-Kretz-Keller (SFW), Stadtrat Dr. Rittmann (B 90/Die Grünen) und Stadträtin Klein (CDU), die in der Anlage beigefügt sind.

Stadtrat Abraham, SPD, verweist darauf, dass in der Gemeinderatssitzung am 21.07.2021 noch von einer Förderung von 90 % gesprochen worden sei und die Brücke nur unter der Prämisse, dass die Stadt nur 10 % der Kosten tragen müsse, gebaut werden sollte. Die Förderung liege nun bei nur 80 % und es sei mit weiteren Kostensteigerungen zu rechnen. Da der Zuschuss jedoch nicht mit einer weiteren Kostensteigerung steige, könnten die von der Stadt zu tragenden Kosten rasch ausufern. Zudem käme die Unklarheit hinsichtlich des Ergebnisses der beauftragten Gesamtbetrachtung zum Rad- und Fußwegnetz. In der Endbetrachtung gehe es um eine Kosten-Nutzen-Rechnung. Hier bestünden zu viele Unklarheiten, weshalb seine Fraktion nicht dem Baubeschluss zustimmen könne.

Stadtrat Fischer, FDP, berichtet vom Chaos, das zu Stoßzeiten, da Schüler unterwegs sind, herrscht. Hier biete die Brücke eine absolute Entlastung des Bereichs.

Stadtrat Zieger bezweifelt, dass man mit der derzeitigen Kostensteigerung unter 3 Mio. EUR Eigenkostenanteil bleibe. Die Brücke müsse sein, jedoch müsse an einer kostengünstigen Ausführung gearbeitet werden. Da die tatsächlichen Kosten nicht abzusehen seien, stimme er gegen die Brücke.

Stadtrat Sahin verweist auf seine bisherige Haltung. Er werde dabei bleiben und nicht zustimmen.

## Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 20.07.2022

---

Für Stadtrat Pitsch ist verwundert über die Haltung der anderen Fraktionen. Für seine Fraktion waren bislang immer messbare Zahlen Grundlage und nicht subjektive Wahrnehmungen. Bei diesem Beschluss handele es sich um einen Baubeschluss, bei dem man nicht mehr zurückrudern könne.

Der Bürgermeister stimmt insoweit zu, dass es sich in dieser Angelegenheit um einen historischen Beschluss handele, die der Bund fördere. Normalerweise sei allerdings die Kostentragung einer solchen Brücke, die zwei Stadtteile verbinde, eine städtische Sache und nicht Sache des Bundes und müsste eigentlich von der Stadt vollumfänglich bezahlt werden. Insofern ist es für ihn auch eine historische Angelegenheit. Wie sich Kosten entwickelten, wisse man in keinem Projekt. Würde man das genau nehmen, dürfe man in keinem Bereich mehr etwas beschließen. Man werde versuchen entsprechend gegenzusteuern. Zugute käme der Stadt auch, dass man die geförderte Summe nicht abschreiben müsse. Klar sei, dass man Unterhaltungskosten habe. Der Firma Allrutz werde man mitgeben, dass diese in ihre Betrachtungen die Brücke einbindet. Auch mit Professor Hupfer werde man die ganze Sache nochmals intensiv beleuchten.

Tatsache sei, dass man nur eine Erschließungsstraße habe, jedoch eine verkehrliche Anbindung und auch Durchlässigkeit benötige, die momentan fehle. Daher werde man sich an ein Planungsbüro wenden und die Entwürfe besprechen. Schließlich wolle man die Stadt kostenmäßig nicht überfordern.

Für Stadtrat Pitsch gab es in der Vergangenheit bei allen verkehrsneuralgischen Objekten immer Alternativen, die ihm jedoch in dieser Vorlage fehlten. Wenn man jedoch keine Alternative anbiete, habe man am Ende auch keine. Seine Fraktion befürchtet, dass schlussendlich die Kosten davonlaufen.

Bürgermeister Steffan erläutert erneut, dass man den Prozess mit der Brücke im Jahr 2019 begonnen habe und die Optimierung der Verkehre der Firma Allrutz zur Aufgabe gemacht habe. Die Gutachten der Firma Allrutz würden klar sagen, dass wir reagieren müssten und keine andere Möglichkeit bestünde. Die Unterführung könne man nicht aufweiten und auch die Südtangente sei ein Nadelöhr. Insofern bestehe klarer Handlungsbedarf. Man habe seither in zwei Runden mit Professor Hupfer und auch der Gemeinde Oftersheim die Verkehrssituation besprochen.

Stadtrat Rupp gibt zu bedenken, dass man verlässliche Pläne und Kosten nur bekomme, wenn man ausschreibe.

### **Beschluss:**

1. Die Stadt Schwetzingen beschließt die Herstellung einer Rad- und Fußgängerbrücke über die Bahngleise der Deutschen Bahn AG (Rheintaltrasse) zur verkehrsgerechteren Verbindung der östlich der Bahnanlagen liegenden Stadtteile (Oststadt, Schwetzinger Höfe) mit der Innenstadt.
2. Grundlage des Baubeschlusses ist der vorläufige Zuwendungsbescheid des Bundesamts für Güterverkehr vom 17.12.2022. Die zuwendungsfähigen Gesamtausgaben betragen danach 11.595.753,12 EUR bei einer Zuwendung des Bundes in Höhe von 9.276.602,50 EUR (80% Förderquote).

## **Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 20.07.2022**

---

3. Die von der Förderung nicht abgedeckten Kosten sind im Haushalt der Stadt Schwetzingen zu tragen.
4. Die Stadt Schwetzingen wird vom Gemeinderat beauftragt, ein Planverfahren (VgV-Verfahren) nach EU-Vergaberecht zur Gewinnung eines Planungsbüros für den Neubau der Rad- und Fußgängerbrücke durchzuführen.
5. Die Stadt Schwetzingen wird vom Gemeinderat beauftragt, zur Einhaltung des Bauzeitenplans und der Baukosten, einen geeigneten Projektsteuerer zu beauftragen.

**Ja 17 Nein 6 Enthaltung 0 Befangen 0**

**TOP 7     Zusätzlicher Finanzmittelbedarf für die Finanzierung der ÖPNV Verbindungen  
Vorlage: 2601/2022**

**Sitzungsverlauf:**

Stadtrat Dr. Lorentz betritt den Sitzungssaal.

Bürgermeister Steffan erläutert kurz den Sachverhalt entsprechend der Vorlage. Die Erhöhung der Finanzmittel sei eine Folge der derzeitigen politischen Situation und der Entwicklung der Kraftstoffpreise. Man sei froh, einen elektrischen Stadtbus bestellt zu haben.

Stadträtin Ackermann gibt eine Frage aus der Bevölkerung weiter, weshalb so lange Gelenkbusse im Einsatz seien, wenn diese doch bisweilen leer seien. Bürgermeister Steffan berichtet von einer ebensolchen Diskussion im Rahmen des Linienbündels. Resultat sei, dass man die langen Busse für die Stoßzeiten benötige. Ein Wechsel auf einen kleineren Bus sei zum einen für das Busunternehmen nicht handelbar, zum anderen wäre es teurer als die Gelenkbusse konstant zu nutzen.

**Beschluss:**

Der Erhöhung der Finanzmittel für die Finanzierung der ÖPNV Verbindungen in Höhe von 1.000.000 EUR wird zugestimmt.

**Ja 24   Nein 0   Enthaltung 0   Befangen 0**

**TOP 8 Vergabe der Planerleistungen im Bereich der Werkstraße -  
Kanalbaumaßnahme - an das Ingenieurbüro Karle GmbH  
Vorlage: 2614/2022**

**Sitzungsverlauf:**

Laut Bürgermeister Steffan sei die Beauftragung der Planerleistungen ein Teil, um die Erschließung des Gebietes voranzubringen.

Ohne weitere Aussprache.

**Beschluss:**

Der Vergabe der Planungsleistungen in Zusammenhang mit der Verlängerung und Erneuerung des Mischwasserkanals in der Werkstraße - Ingenieurbauwerk, Verkehrsanlagen, und Vermessungsarbeiten - an das Ingenieurbüro Karle GmbH zum Angebotspreis in Höhe von 132.803,64 EUR brutto wird zugestimmt.

**Ja 24 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

**TOP 9     Anbau an das Feuerwehrgebäude - Erweiterung Umkleidebereich  
Vorlage: 2605/2022**

**Sitzungsverlauf:**

Bürgermeister Steffan erläutert die Notwendigkeit der Erweiterung des Umkleidebereichs. Zum einen seien 9 Frauen bei der Feuerwehr, zum anderen müsse eine schwarz-weiß-Trennung der Kleidung erfolgen, was bei der Enge nicht mehr möglich ist. Auch die Anzahl der Spinde müsse erhöht werden.

Keine weitere Aussprache.

**Beschluss:**

Die Verwaltung wird ermächtigt, die Rohbauarbeiten zur „Erweiterung des Umkleidebereiches – Anbau an das Feuerwehrgebäude“ bis zu einem Auftragswert von 135.000 EUR brutto zu vergeben.

**Ja 24    Nein 0    Enthaltung 0    Befangen 0**

**TOP 10 Beschaffung einer stationären Geschwindigkeitsmessanlage für die Bruchhäuser Straße  
Vorlage: 2590/2022**

**Sitzungsverlauf:**

Bürgermeister Steffan erläutert den Sachverhalt entsprechend der Vorlage.

Nach Kontakt mit dem Regierungspräsidium wolle man nächstes Jahr an die Sanierung der Nadlerstraße gehen. Laut Lärmaktionsplan habe man sich ja auf Tempo 30 festgelegt, was man dann auch in der Brühler Straße umsetzen wolle. Das werde man im Rahmen der Haushaltsplanungen festlegen. Jetzt stünde die Geschwindigkeitsmessanlage für die Bruchhäuser Straße an.

Keine weitere Aussprache.

**Beschluss:**

1. Die Stadt Schwetzingen beschafft eine Geschwindigkeitsmessanlage für die Bruchhäuser Straße zum Gesamtpreis in Höhe von 82.144,51 EUR zzgl. der Herstellungskosten für die notwendigen Stromanschlüsse und Fundamente in Höhe von ca. 10.000 EUR.
2. Die außerplanmäßigen Haushaltsmittel in Höhe von insgesamt 92.144,51 EUR werden genehmigt.

**Ja 24 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**



**TOP 11 Ersatzbeschaffung von Hardware für die Verwaltung**

**TOP 11.1 Ersatzbeschaffung von Hardware für die Verwaltung  
Notebooks & Monitore  
Vorlage: 2618/2022**

**Sitzungsverlauf:**

Der Bürgermeister erläutert den Sachverhalt.

Stadtrat Bürger möchte wissen, weshalb man die Geräte zu einem solchen Preis least. Jürgen Debré, Leiter der EDV, berichtet, dass man diese Vergleichsrechnung schon des Öfteren aufgestellt habe. Für die Geräte bestünde eine verlängerte Garantiezeit auf 5 Jahre. Sie seien also auf die ganze Einsatzdauer abgesichert und man habe keine Arbeit mit nicht funktionierenden Geräten, was ja auch Personalkapazität binde. Außerdem könne man die Geräte nicht mit handelsüblichen Geräten vergleichen, da unsere Geräte aufgrund der tagtäglichen Einsatzdauer von besserer Qualität sein müssten. Außerdem sei der Wechselzeitpunkt derzeit etwas ungeschickt, da sowohl die Geräte an sich etwas teurer als auch die Chipproduktion geringer seien.

**Beschluss:**

Die Lieferung der 171 Notebooks (inkl. zusätzlicher Tastatur & Maus) und der 200 Monitore wird an die Firma IT MediaConsult AG, Züsich zum Gesamtpreis von 248.321,16 EUR (inkl. MwSt.) vergeben.

**Ja 24 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

**TOP 11.2 Ersatzbeschaffung von Hardware für die Verwaltung  
Infrastruktur für das Computing (Server- und Speichereinheiten)  
Vorlage: 2619/2022**

**Sitzungsverlauf:**

Der Bürgermeister verweist auf den Sachverhalt analog TOP 11.1.

Keine weitere Aussprache.

**Beschluss:**

Die Lieferung der Infrastruktur für das Computing (Server- und Speichereinheiten) wird an die Firma FGN GmbH, Kaiserslautern zum Gesamtpreis von 140.398,63 EUR (inkl. MwSt.) vergeben.

**Ja 24 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

**TOP 12 Sachstand Digitalisierung  
Vorlage: 2609/2022**

**Sitzungsverlauf:**

Stadträtin Klein verlässt den Sitzungssaal.

Bürgermeister Steffan verweist im Wesentlichen auf die Vorlage. In den letzten 3 Jahren habe man die Digitalisierung vorangetrieben, das Thema Baurecht und das Ordnungsamt digitalisiert. Derzeit sei man dabei, die Personalakten zu digitalisieren und die Digitalisierung des Posteingangs zu forcieren. Auch das Thema mobiles Arbeiten wolle man vorantreiben und in die Umsetzung gehen. Insgesamt wolle man so viel wie möglich digitalisieren, um medienbruchfrei zu werden, Papier zu vermeiden und den CO<sup>2</sup>-Fußabdruck zu erreichen.

**Beschluss:**

Der Gemeinderat nimmt die Information über den Sachstand der Digitalisierung bei der Stadtverwaltung Schwetzingen zur Kenntnis.

**Zur Kenntnisnahme**

**TOP 13 Erstellung eines Zwischenberichts zum Chancengleichheitsplan 2019 - 2024  
Vorlage: 2610/2022**

**Zur Kenntnisnahme:**

Die Stadtverwaltung Schwetzingen hat einen Zwischenbericht zum Chancengleichheitsplan erstellt, in dem die Erfüllung festgelegter Zielvorgaben festgehalten wird.

**Sitzungsverlauf:**

Bürgermeister Steffan nennt den Bericht zum Chancengleichheitsplan als selbstredend und dankt Hauptamtsleiterin Kirchner und der Gleichstellungsbeauftragten Drechsler für ihre Arbeit. Nahezu alle Bereiche seien inzwischen mit Kolleginnen besetzt. Man achte darauf, dass man auch bei Menschen mit Behinderung eine Gleichstellung erreiche sowohl in Ausbildung als auch bei den Arbeitsplätzen.

**TOP 14    Bewerbung der Stadt Schwetzingen zum Erhalt der Auszeichnung "Natur im Garten"  
Vorlage: 2608/2022**

**Sitzungsverlauf:**

Bürgermeister Steffan erläutert die Vorlage. Gerade habe man am Samstag das Urban Gardening eingeweiht. Bei der Unkrautvernichtung sei man mit dem Einsatz von heißem Wasser anstelle von Pestiziden in der Stadt bereits sehr stark unterwegs. Auf die Pestizide wolle man gänzlich verzichten. Der Artenschutz reagiere positiv darauf. Insgesamt wolle man bei der Pflanzen- und Grünanlagenpflege neue Wege einschlagen und sich zertifizieren lassen.

**Beschluss:**

Die Stadt Schwetzingen strebt die Auszeichnung als „Natur im Garten“ Gemeinde an und verpflichtet sich zukünftig vorgegebene Kriterien bei der Pflege und Gestaltung ihrer Grünräume einzuhalten.

**Ja 23    Nein 0    Enthaltung 0    Befangen 0**

**TOP 15 Gutachterausschuss:**

**TOP 15.1    Gemeinsamer Gutachterausschuss Bezirk Schwetzingen -  
Änderung der Gutachterausschussgebührensatzung  
Vorlage: 2615/2022**

**Sitzungsverlauf:**

Bürgermeister Steffan erläutert den Sachverhalt entsprechend der Vorlage. Im Bereich Bodenrichtwerte habe man die Gebühren bislang so noch nicht formuliert bzw. festgesetzt. Daher würde man die Ergänzungen in der Gutachterausschussgebührensatzung vornehmen wollen.

Keine weitere Aussprache.

**Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt die vorliegende Neufassung der Gutachterausschussgebührensatzung mit Inkrafttreten zum 01.08.2022.

**Ja 23    Nein 0    Enthaltung 0    Befangen 0**



**TOP 15.2 Schaffung einer unbefristeten Sachverständigenstelle im Gemeinsamen Gutachterausschuss Bezirk Schwetzingen in Entgeltgruppe 10 TVöD  
Vorlage: 2612/2022**

**Sitzungsverlauf:**

Bürgermeister Steffan erläutert den Sachverhalt entsprechend der Vorlage. Was die personelle Ausstattung des Gemeinsamen Gutachterausschusses anbelangt, habe man im unteren Level begonnen. Schnell habe man aber gemerkt, dass diese für die Anzahl der zu bearbeitenden Anfragen und der nun auch zu bewertenden Grundstücke hinsichtlich der Bodenrichtwerte an die Kapazitätsgrenze stoße. Auch der Kollegenkreis habe die Bitte nach personeller Aufstockung geäußert. Zum Schluss richtet Bürgermeister Steffan noch ein großes Lob an das Team des Gutachterausschusses für die erbrachte Leistung.

Keine weitere Aussprache.

**Beschluss:**

1. Der Gemeinderat beschließt die Einrichtung einer weiteren Sachverständigenstelle in Vollzeit im Haushaltsjahr 2022.
2. Der Gemeinderat ermächtigt den Oberbürgermeister zur Besetzung der Stelle.

**Ja 23 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

### TOP 16 Finanzhalbjahresstatus 2022

#### Sitzungsverlauf:

Bürgermeister Steffan sagt einleitend, man habe die Zahlen nochmals aktualisiert. Diese seien ein Stückweit besser ausgefallen sei als ursprünglich erwartet. Er erteilt Stadtkämmerin Nagel das Wort.

Stadtkämmerin Nagel berichtet, dass sich nach den letzten Rücksprachen mit den Ämtern neue Erkenntnisse und auch eine Verbesserung ergeben hätte und erläutert den Finanzhalbjahresstatus gemäß der beigefügten Anlage.

Fazit: Der Ergebnishaushalt verbessert sich insgesamt. Hier sei man ursprünglich von einem negativen Ergebnis von 3,59 Mio. Euro ausgegangen, das sich jetzt um 3 Mio. Euro verbessere, so dass man nur noch ein negatives Ergebnis von 0,59 Mio. Euro habe.

Der Zahlungsmittelbestand entwickle sich positiv. Hier sei man im Haushalt davon ausgegangen, dass dieser im Laufe des Jahres abnimmt. Bei zutreffender Prognose könne man sogar mit einem kleinen Zuwachs rechnen. Die Erstellung einer Nachtragssatzung sei nicht notwendig.

Bürgermeister Steffan richtet seinen Dank an Frau Nagel. Der Bericht habe gezeigt, dass der Haushalt funktioniere und die geführten Diskussionen zu den Ergebnissen führten, die man sich wünsche.

Stadträtin Nagel gibt noch einige Erklärungen zur Handhabung des Haushalts und Zahlungsabwicklungen. Insbesondere erleichtere das Mittel der Budgeteinheit die Abwicklungen. Wenn es hier Grenzüberschreitungen gäbe oder gewisse Höhen überschritten würden, dann würde der Gemeinderat entsprechend benachrichtigt.

#### Zur Kenntnisnahme

**TOP 17 Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen  
Vorlage: 2616/2022**

**Sitzungsverlauf:**

Der Bürgermeister dankt den Spendenden und Unterstützern.

Keine weitere Aussprache.

**Beschluss:**

Der Annahme bzw. Vermittlung der in der Anlage aufgeführten Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen wird zugestimmt.

**Ja 23 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

### TOP 18 Öffentliche Bekanntgaben / Anfragen

#### Sitzungsverlauf:

Der Bürgermeister informiert über die Auftaktveranstaltung zum Lenkungskreis „Innenstadtberater“. Mit dem Lenkungskreis wolle man versuchen, die Innenstadt zu stärken. SMS, Einzelhändler und Gastronomen seien aufgerufen zu analysieren, wo es Stärken und Schwächen gibt und wo Ansätze zu Verbesserungen seien. Der Onlinehandel nehme immer mehr Raum ein. Hier gelte es gegenzusteuern und die Attraktivität der Innenstadt zu erhöhen.

Stadträtin Fackel-Kretz-Keller erinnert an eine geplante Rampe im Kleinen Feld Richtung Friedhof, Voltairestraße / Mannheimer Landstraße, die man habe barrierefrei gestalten wollen. Hier habe sich allerdings noch nichts getan. Bürgermeister Steffan sagt, dass man das Projekt geschoben habe, er es aber mitnehmen wolle.

Weiterhin berichtet Stadträtin Fackel-Kretz-Keller vom Radweg im Bereich Lange Sandäcker, der rot markiert sei. Analog dieses Radstreifens wünsche sie sich, dass man den Radwegbereich in der Essener Straße wegen sich häufenden Gefahrensituationen ebenfalls rot markiere. Laut Bürgermeister werde man dies prüfen.

Stadtrat Dr. Rittmann berichtet von Fahrbahnabsenkungen in der Rheintalstraße 34 in Höhe der biologischen Insel.

Des Weiteren bestehe laut Stadtrat Dr. Rittmann beim neuen S-Bahn-Halt keine Möglichkeit, mit dem PKW bzw. Taxi hinzukommen. Das sei insbesondere für Menschen mit Gehbeeinträchtigung ein Problem. Allerdings müsse ja auch die Feuerwehr oder der Rettungsdienst dorthin kommen.

Bürgermeister Steffan bestätigt dies. So wie am Busbahnhof sei es nicht. Man habe ein Stückweit Weg zu überwinden. Näheres wolle er aber prüfen lassen und Rückmeldung geben.

Stadträtin Erny gibt den Wunsch einer Bürgerin nach einem Wasserspender auf dem Schlossplatz weiter. Der Bürgermeister sagt, dass man die Umsetzung aus hygienischen Gründen schwierig sein könne, er werde es jedoch mitnehmen.

In diesem Zusammenhang berichtet Stadtrat Zieger von einem Brunnen am Kaufland-Vorplatz und fragt, ob dies Trinkwasser sei. Der Bürgermeister möchte dies klären lassen.

